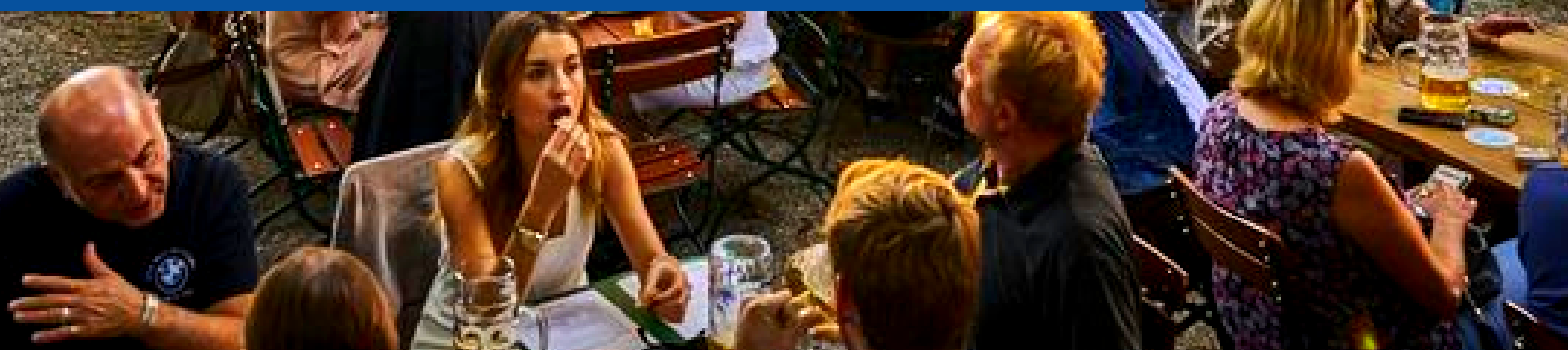




LANDTAGSWAHL 2023 BAYERN

Politische Positionen und Forderungen



**VEREIN ZUM ERHALT DER
BAYERISCHEN WIRTSCHAUSKULTUR
(VEBWK)**

Geschäftsführerin

Dr. Ursula Zimmermann

zimmermann@vebwk.com

Unterlaus 22

83620 Feldkirchen-Westerham



**VEREIN ZUM ERHALT
DER BAYERISCHEN
WIRTSCHAUSKULTUR**

VEBWK

INHALT

ARBEITSBEDINGUNGEN

- Flexible Arbeitszeit
- Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung

WIRTSCHAFTSPOLITIK

- Bürokratieabbau vorantreiben
- Dauerhafte Beibehaltung der Mehrwertsteuerreduzierung und
- Ausweitung auf Getränke
- Keine Rückforderungen der Corona-Soforthilfen aus dem Jahr 2020
- Energiekosten
- Finanzielle Maßnahmen gegen das Wirtshaussterben

GESELLSCHAFTSPOLITIK

- Beibehaltung von Bargeld
- Rauchverbot
- Brandschutzauflagen
- Kein verpflichtendes veganes Gericht auf Speisekarten
- Lockerung der Stille-Tage-Regelung
- Eindämmung der Schwarzgastronomie
- Lebensmittelkontrollen und Internetpranger
- Abschaffung der Gebühren auf Regelkontrollen (Lebensmittelüberwachung)

UMWELTPOLITIK

- Novellierung der F-Gas-Verordnung

MEDIENPOLITIK

- GEZ und GEMA



ARBEITS- BEDINGUNGEN

Der VEBWK fordert eine klare **gesetzliche Flexibilisierung des § 3 ArbZG gemäß der EU-Arbeitszeitrichtlinie**. Die AZR ermöglicht eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von durchschnittlich 48 Stunden, einschließlich Überstunden. Die Umstellung auf eine Wochenarbeitszeit ohne eine Verlängerung der Gesamtarbeitszeit trägt dazu bei, die Arbeitsbelastung und Anforderungen in der Gastronomie besser zu bewältigen, die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiter/innen zu steigern und die Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig zu halten.

Der VEBWK fordert eine **gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt** sowie eine **Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs**. Die Corona-Pandemie hat den Jobmotor der Branche stark getroffen und das zusätzlich zur allgemeinen Arbeitsmarktsituation und dem Fachkräfte- und Mitarbeitermangel.

Wir fordern:

- Die Arbeitszeit zu flexibilisieren
- Eine gezielte Zuwanderung in den - Arbeitsmarkt sowie eine Sicherung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs



WIRTSCHAFTS- POLITIK

Der VEBWK fordert den **Bürokratieabbau weiter voranzutreiben**.

Dabei müssen insbesondere **Auflagen und Dokumentationspflichten reduziert werden**. Es ist nicht mehr hinnehmbar, dass ein gastgewerbliches Unternehmen 100 bis 125 Verpflichtungen einhalten muss und dabei die Einhaltung all dieser Verpflichtungen von einem Ein-Mann-Unternehmen genauso geleistet werden muss wie von einem Großbetrieb, der personell ganz anders aufgestellt ist.

Der VEBWK fordert eine **Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes** auf Speisen. Die Mehrwertsteuerreduzierung hat den bayerischen Wirtshäusern in den letzten Jahren geholfen, sich wirtschaftlich zu stabilisieren. Eine Rückkehr zu höheren Steuersätzen würde die Existenz vieler traditionsreicher Wirtshäuser gefährden, zumal diese aktuell mit hohen Energiepreisen, gestiegenen Rohstoffpreisen, der Inflation und höheren Lohnkosten konfrontiert sind.

Der VEBWK fordert die Ausweitung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auch auf Getränke. Die getränkegeprägte Gastronomie, war diejenige Branche, die mit den meisten Schließtagen in der Coronapandemie zu kämpfen hatte.

Der VEBWK fordert einen **gänzlichen Verzicht auf Rückzahlungsverpflichtungen** aufgrund der Corona Soforthilfe für kleine und mittlere Gastronomiebetriebe – nicht nur bei Existenzgefährdung.

Dass Personalkosten nicht berücksichtigt werden können, war für viele Betriebe im Nachhinein eine echte Überraschung und führt jetzt dazu, dass ein Großteil aller Betriebe, welche die Soforthilfe erhalten haben, diese jetzt ganz oder teilweise zurückbezahlen müssen.

Der VEBWK fordert beim Thema Energiekosten eine **technologieoffene Energieversorgung**, die grundlastfähig, günstig und stabil sein soll. Ein Energiemix aus grundlastfähigen Energieträgern, auch mit langen Restlaufzeiten für Öl- und Gasheizungen sowie den Erhalt der Holzheizungen, sowie Wind- und Sonnenenergie, Wasserkraft und Geothermie sind für stabile günstige Preise unerlässlich. Die Forschung von alternativen Energieformen muss forciert werden.



WIRTSCHAFTS- POLITIK

Der VEBWK fordert **finanzielle Maßnahmen gegen das Wirtshaussterben** auf dem Land. Dabei denken wir u.a. an eine Neuauflage des Gaststätten-modernisierungsprogramms und an die Schaffung eines Jungwirtedarlehen.

Wir fordern:

- Den Bürokratieabbau weiter voranzutreiben und Auflagen- und Dokumentationspflichten zu reduzieren
- Die Entfristung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Speisen
- Die Ausweitung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auch auf Getränke
- Einen gänzlichen Verzicht auf Rückzahlungsverpflichtungen aufgrund der Corona Soforthilfe für kleine und mittlere Gastronomiebetriebe
- Eine technologieoffene Energieversorgung
- Finanzielle Maßnahmen gegen das Wirtshaussterben auf dem Land.



GESELLSCHAFTS- POLITIK

Der VEBWK fordert dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass das **Bargeld als Bezahlungsmöglichkeit in Bayern und Europa erhalten bleibt**.

Der VEBWK fordert eine **Liberalisierung des Nichtraucherschutzgesetzes**. Ein generelles Rauchverbot für Gaststätten und Kneipen gilt nur in Nordrhein-Westfalen, Bayern und im Saarland. In allen anderen Bundesländern gelten grundsätzlich Ausnahmeregelungen für Nebenräume in Gaststätten und für Einraumkneipen unter 75 qm.

Der VEBWK fordert eine **Überprüfung der aktuellen Brandschutzvorschriften und eine mögliche Lockerung der Anforderungen für bestimmte Betriebe**. Gleichzeitig fordern wir eine **großzügige Auslegung geltender Bestimmungen**. Dies würde es den Betreibern ermöglichen, ihre Einrichtungen sicher zu betreiben, ohne dabei übermäßige Kosten und Aufwände zu verursachen. Nachfolgeregelungen und Betriebsübergang scheitern oftmals an den hohen Kosten für den Brandschutz.

Der VEBWK fordert eine **Ablehnung des Vorstoßes der "Europäischen Bürgerinitiative für eine vegane Mahlzeit", eine gesetzliche Verpflichtung einzuführen, dass Wirtshäuser mindestens ein veganes Gericht auf ihrer Speisekarte anbieten müssen**. Eine solche Verpflichtung würde zu Lebensmittelverschwendung führen und gastronomischen Betrieben die Freiheit nehmen ihr Angebot entsprechend der Nachfrage und ihrem Konzept anzupassen.

Der VEBWK fordert eine **Lockerung der Stillen-Tage-Regelung**. An den Stillen Tagen sind öffentliche Unterhaltungsveranstaltungen nur dann erlaubt, wenn der diesen Tagen entsprechend ernste Charakter gewahrt ist. Sportveranstaltungen sind jedoch erlaubt, genauso wie Action- und Horrorfilme im Fernsehen. Das ist nicht mehr zeitgemäß.

Der VEBWK fordert **konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der Schwarzgastronomie**. Die Coronapandemie war ein Turbobeschleuniger für die Zunahme der Schwarzgastronomie, da aufgrund der monatelangen Schließungen der Wunsch der Menschen nach sozialen Kontakten und Gemeinschaftserlebnissen groß war. Problem sind aber nicht nur die illegalen Partys, sondern auch die ausufernde Gestattungspraxis gem. § 12 GastG, obwohl dieser für eine Gestattung einen „besonderen Anlass“ voraussetzt.



GESELLSCHAFTS- POLITIK

Der VEBWK fordert, dass **Betriebe nicht leichtfertig an den öffentlichen Pranger nach Lebensmittelkontrollen gestellt werden dürfen und dass eine zeitnahe Rehabilitierung ermöglicht wird.**

Lebensmittelkontrollen sind ein notwendiges Instrument zur Gewährleistung von Hygiene und Qualität in der Gastronomie und zum Schutz der Gesundheit der Gäste. Gleichzeitig führt die Veröffentlichung von Ergebnissen der Lebensmittelkontrolle zu einem öffentlichen Pranger, der dazu führen kann, dass Gastronomen auf Dauer stigmatisiert werden.

Der VEBWK fordert eine **Abschaffung der Gebühren auf Lebensmittelkontrollen.**

Regelkontrollen im Bereich der Lebensmittelüberwachung tragen zur Sicherung grundlegender Bedürfnisse der Bevölkerung bei und sind damit Teil der Daseinsvorsorge.

Wir fordern:

- Die Beibehaltung des Bargelds
- Die Liberalisierung des Nichtraucherschutzgesetzes
- Eine Überprüfung der aktuellen Brandschutzvorschriften und eine mögliche Lockerung der Anforderungen für bestimmte Betriebe
- Die Ablehnung des Vorstoßes der "Europäischen Bürgerinitiative für eine vegane Mahlzeit", eine gesetzliche Verpflichtung einzuführen, dass Wirtshäuser mindestens ein veganes Gericht auf ihrer Speisekarte anbieten müssen
- Eine Lockerung der Stillen Tage-Regelung
- Konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der Schwarzgastronomie
- Dass Betriebe nicht leichtfertig an den öffentlichen Pranger nach Lebensmittelkontrollen gestellt werden dürfen und dass eine zeitnahe Rehabilitierung ermöglicht wird
- Eine Abschaffung der Gebühren auf Lebensmittelkontrollen



UMWELTPOLITIK

Der VEBWK fordert bei der Umsetzung der **Novellierung der F-Gas-Verordnung realistische Fristen für den Austausch von Kühlanlagen und den Einsatz von natürlichen Kältemitteln festzulegen**. Betreiber sollten in der Lage sein, ihre Kühlanlagen so lange wie möglich zu nutzen. Dazu gehört auch, dass es kein Verwendungsverbot für Service und Wartung gibt und F-Gase verfügbar sind.

Wir fordern:

- Bei der Umsetzung der Novellierung der F-Gas-Verordnung realistische Fristen für den Austausch von Kühlanlagen und den Einsatz von natürlichen Kältemitteln festzulegen



MEDIENPOLITIK

Der VEBWK fordert **eine stärkere Aufsicht und Kontrolle der Verwertungs-gesellschaften** im Hinblick auf Tarifaufstellungen, um sicherzustellen, dass Nutzer angemessene Vergütungen zahlen und vor überhöhten Tarifen geschützt werden.

Wir fordern, dass Nutzer künftig eine **einheitliche Vergütung** bezahlen, wenn die Rechte unterschiedlicher Rechteinhaber berührt werden. Die Verwertungsgesellschaften sollten verpflichtet sein, mit den beteiligten Rechteinhabern gemeinsame Verträge abzuschließen, um die Gesamtbelastung für die Nutzer kalkulierbar zu machen. Des Weiteren fordern wir eine Beweislastumkehr. Diese liegt aktuell bei den Nutzern. Eine **Beweislastumkehr** würde dazu beitragen, dass Verwertungsgesellschaften ihre Forderungen auf eine faire und transparente Weise belegen müssen.

Wir fordern:

- Eine stärkere Aufsicht und Kontrolle der Verwertungsgesellschaften im Hinblick auf Tarifaufstellungen
- Eine einheitliche Vergütung, wenn Rechte verschiedener Rechteinhaber berührt werden
- Eine Beweislastumkehr

